

dem Leitbild „nachhaltige Entwicklung“. Die Vorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, *Gunda Röstel*, sowie der umweltpolitische Sprecher der Partei, *Reinhard Loske*, begrüßten mit dieser Erklärung neu gesetzten

Maßstab kirchlichen Umweltengagements. Die Stellungnahme der Bischöfe habe gerade dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie bei Konsumverhalten und Produktionsweisen eine Veränderung bewirken könnte. *A. F.*

Hilfswerkes: In der Phase der „Entdeckung“, der überhaupt erst beginnenden Wahrnehmung der Dritten Welt in den fünfziger und sechziger Jahren habe Deutschland vor allem die Hilfsbedürftigkeit der Dritten Welt bewegt. Es folgte die von technischen wie politischen Utopien geprägte „romantisch-heroische“ Phase bis Ende der achtziger Jahre. Die entwicklungspolitische Debatte dominierte die sogenannte Dependenztheorie, die das Verhältnis zwischen den unter- bzw. herunterentwickelten armen Ländern und den hochentwickelten Industrienationen als direkten Ursache-Wirkung-Zusammenhang erklärte. Die Dritte Welt galt als Opfer.

Die Solidaritätsarbeit wandelte sich in dieser Phase von der Mildtätigkeit zur politischen Aktion. Sachlichkeit und Realitätssinn prägen dagegen die aktuelle entwicklungspolitische Debatte als dritte Phase ebenso wie die vielfältigen und unterschiedlichen Formen der Solidarität mit der Dritten Welt – eine „pragmatisch-plurale“ Phase.

Vor diesem Hintergrund beschrieb Rottländer die Gründung des Hilfswerkes 1958 – mit der eine Vielzahl bereits bestehender kirchlicher Solidaritätsinitiativen gebündelt wurden – als ein „weltkirchlich gesehen spätes, ein bundesrepublikanisch gesehen aber frühes Erwachen weltweiter Verantwortlichkeit“. Im Laufe der Jahre hat Misereor in seiner Projektarbeit einige Veränderungen vorgenommen. Beispielsweise zeigte der Rückblick den Übergang von der Förderung einzelner Projekte hin zu umfassenden Prozessen, die Weiterentwicklung der anfangs noch schillernden Formel „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum umfassenden Konzept des „Empowerment of the poor“ oder auch die zunehmende Übertragung der Projektverantwortlichkeit an die Betroffenen selbst.

In den siebziger Jahren begann man bei Misereor mit einer eigenständigen Inlandsarbeit, im Laufe der achtziger verstand sich Misereor mehr und mehr auch als politische Interessenvertretung für die Armen der Dritten Welt. In der

## Misereor: Jubiläumskongreß prüft Zukunftsfähigkeit

*Die aktuellen wirtschaftlichen, technischen und politischen Globalisierungsprozesse stellen für Entwicklungshilfe und -politik eine besondere Herausforderung dar. Sie standen im Zentrum eines von Misereor Mitte November in Aachen abgehaltenen Fachkongresses, mit dem das bischöfliche Hilfswerk zugleich sein vierzigjähriges Bestehen feierte.*

Unter dem programmatischen Titel „Solidarität – die andere Globalisierung“ oblag dem Aachener Kongreß eine doppelte Klärung von Standort und Zukunftsgestaltung: der armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit im allgemeinen und des bischöflichen Hilfswerkes Misereor im besonderen, gegründet von der Deutschen Bischofskonferenz im August 1958 in Würzburg. Mit Bezug auf verschiedene Dimensionen von Solidarität bekräftigte in Aachen Misereor-Hauptgeschäftsführer *Josef Sayer* die zentralen Aspekte von Selbstverständnis, Anliegen, Auftrag und Arbeit des bischöflichen Hilfswerkes: Der Solidarität im Sinne „wohlthätiger“ Hilfe der Stärkeren für die Schwächeren und Bedürftigen entspricht Misereor als Agentur, die die durchaus (immer noch) reichlich vorhandene Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft kontinuierlich und zuverlässig in konkrete Projekte für die Armen umsetzt.

Die politisch-rechtliche Dimension von Solidarität verpflichtete Misereor darüber hinaus zu politischem Lobbyismus, zur Anwaltschaft für die Rechte und Ansprüche der Armen und zum Einsatz für

strukturelle Rahmenbedingungen, die diesen ein Leben in Würde und Freiheit ermöglichen. Der Solidarität schließlich im Sinne des Zusammenschlusses, der Selbstorganisation und Vernetzung der Benachteiligten korrespondiert die konsequente Ausrichtung der Misereor-Projekte – insgesamt 80 000 in den vergangenen vierzig Jahren – am Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Diese Unterstützung und Hilfe muß, wie Sayer betonte, eingebettet bleiben in dauerhafte und verlässliche Partnerschaften; das heiße auch, Konflikte aufzunehmen und durchzustehen, wo beispielsweise in Partnerländern persönliche Menschenrechte nicht beachtet oder strukturelle Unrechtssituationen in Wirtschaft und Politik nicht angegangen würden.

Dem gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext, in dem das Hilfswerk seit vierzig Jahren in Kontinuität, aber auch mit Akzentverschiebungen agiert, widmete sich – multimedial präsentiert – ein Rückblick in interessanter Umkehr der gewohnten Perspektive: Was hat die sogenannte Dritte Welt in unserer Gesellschaft bewegt?

Drei Phasen unterschied hierbei *Peter Rottländer*, theologischer Referent des

Inlandsarbeit trat neben das Werben um finanzielle Unterstützung die politische Aufklärung.

Nicht allein das weite Spektrum aktueller Herausforderungen für eine partnerorientierte und auf Partizipation abzielende Entwicklungszusammenarbeit überhaupt, sondern auch das breite Aufgabenspektrum, dem sich Misereor heute stellt, zeigte sich in der Themstellung der 20 Arbeitskreise, die im Mittelpunkt des Aachener Kongresses standen: Die 500 Kongreßteilnehmer, Vertreter kirchlicher Gruppen, Initiativen und Verbände, aus Politik und Wissenschaft, professionell oder ehrenamtlich für die Belange der Dritten Welt Engagierte, widmeten sich dem Menschenrechtsschutz, ökologischen Fragen und der speziellen Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit; sie reflektierten Kampagnen für „gerechten“ Handel, zur internationalen Ächtung von Landminen oder für Erlaß der Auslandsschulden armer und ärmster Länder zur Jahrtausendwende; selbstkritisch prüften sie den „Mythos Partnerschaft“ oder auch die potentielle „Kulturzerstörung durch Entwicklungszusammenarbeit“.

### Solidaritätsarbeit ohne säuerlichen Moralismus

Inwieweit aber ist Misereor, nicht zuletzt auch mit seinem weiten Aufgabenspektrum, „zukunfts-fähig“? Wie besteht das Hilfswerk die Herausforderung durch den gleichermaßen faszinierenden wie desaströsen wirtschaftlichen Globalisierungsprozeß, wie ihn in Aachen der als Vater der Befreiungstheologie apostrophierte, längst auch in Deutschland zu einer Symbolgestalt gewordene peruanische Theologe *Gustavo Gutiérrez* beschrieb: faszinierend für alle, die wirtschaftlich und sozial gerüstet und mit dem nötigen technischen Wissen ausgestattet sind, grausam aber für die Armen, wobei letztere allerdings nach wie vor den größten Teil der Weltbevölkerung bilden.

An die Spitze eines Katalogs konkreter Handlungsperspektiven für ein „zukunfts-fähiges Misereor“ stellte der von der Bischofskonferenz für das Hilfswerk Beauftragte, der Limburger Bischof *Franz Kamphaus*, eine entschiedene Mahnung: Nicht nur dürfe man das Solidaritätspotential für die Nöte der Dritten Welt im eigenen Land nicht geringschätzen. Vor allem bedürfe der Auftrag, zur Solidarität mit den Armen zu rufen, keines säuerlichen Moralismus oder des erhobenen Zeigefingers. Misereor muß, so Kamphaus, offen für alle bleiben; für diejenigen, die in bestimmten Not- und Katastrophenfällen einfach nur etwas spenden möchten, ebenso wie für diejenigen, die das entwicklungspolitische Lobbying zu ihrer persönlichen Leidenschaft gemacht haben.

Offenheit müsse weiterhin aber auch die konkrete Projektarbeit des Werkes bestimmen. Dazu erinnerte der Limburger Bischof an das Statut des Werkes, das eine Hilfe für die Armen, „ungeachtet von Rasse, Geschlecht, Religion und Nation“, festschreibt. Immer wieder stoße auf Unverständnis, daß auch die Religionszugehörigkeit kein Kriterium für die Förderung sei. Gerade aber weil Misereor aus der christlichen Tradition lebe und sie bezeuge, lehne es eine Bevorzugung der Christen ab.

Kamphaus sprach in seinem Katalog auch eine weitere Handlungsperspektive an, die in jüngster Zeit, zumindest auf seiten der traditionellen Spenderschaft, für Irritationen gesorgt hatte: die Förderung „ökologisch-solidarischer Praxis“. Infolge dieses Aufgabenverständnisses hatte beispielsweise Misereor zusammen mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) beim Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ in Auftrag gegeben (vgl. HK, Dezember 1995, 641 ff.). Eindringlich forderte Kamphaus auch die politische Lobbyarbeit, die Anwaltschaft auch für unpopuläre Themen wie die Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich oder die Forderung

nach gerechten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auf nationaler wie internationaler Ebene. Ausdrücklich band Kamphaus diese konkreten Handlungsperspektiven immer wieder zurück an zwei grundlegende Leitideen, die dem Werk aus seiner Tradition heraus den Weg in die Zukunft weisen müßten: Zum einen die Option für die Armen, deren Zahl – trotz aller unbestreitbaren Fortschritte in den letzten vierzig Jahren – unerträglich groß sei, besonders aber verwies er zum anderen auf die von Anfang an enge ideelle Verbindung der Arbeit von Misereor zur Fastenzeit, mithin zum verpflichtenden Ruf zur Umkehr. Wo von globaler Solidarität die Rede sei, müsse auch von Umkehr gesprochen werden, könne etwa die Kritik an den vielen Fehlformen ökonomischer, technischer und politischer Globalisierung nicht ausgespart bleiben. Die christliche Umkehrforderung richte sich zwar immer auch an Einzelne, sie sprengt aber die Privatsphäre und greife in die politische Gestaltung der Gesellschaft ein.

Wenn zuletzt Bischof Kamphaus Misereor aufrief, über kulturelle, religiöse, konfessionelle und ideologische Grenzen und Gräben hinweg, neue Allianzen im Dienst der Armen zu suchen, fanden sich bei dem Aachener Jubiläumskongreß gleich zwei, die demonstrativ Unterstützung und Bündnispartnerschaft im Kampf gegen die Armut zusicherten: die neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Heidmarie Wiecek-Zeul*, und der Vizepräsident der Weltbank und dort für die Armutsbekämpfung Zuständige, *Ismail Serageldin*.

Gerade zurückgekehrt von ihrer Reise in das vom Hurrikan „Mitch“ heimgesuchte mittelamerikanische Katastrophengebiet, unterstrich die neue Bundesministerin in Aachen, einem ihrer ersten großen öffentlichen Auftritte, ihre Wertschätzung der bewährten Kooperation zwischen dem Bundesministerium und dem kirchlichen Hilfswerk. Beide großen Kirchen in Deutschland

erhalten über ihre Zentralstellen für die Entwicklungshilfe (KZE und EZE) etwa ein Drittel der Mittel für die eigenverantwortlich geplante und durchgeführte Entwicklungsarbeit aus der Staatskasse (vgl. HK, Dezember 1997, 604 ff.). Darüber hinaus skizzierte die Ministerin Leitlinien und Zielperspektiven der künftigen deutschen Entwicklungspolitik, versprach deren Aufwertung und finanzielle Stärkung. Vor allem wolle sie sich einsetzen für die – von den Nichtregierungsorganisationen seit langem geforderte – Etablierung der Entwicklungspolitik als „Querschnittaufgabe“ aller für die Belange der Dritten Welt und der Armutsbekämpfung rele-

vanten politischen Ressorts. Umgekehrt wurde während des Kongresses mehrfach mit Erleichterung und Zufriedenheit quittiert, daß das BMZ als eigenständiges Ministerium erhalten geblieben ist. Noch während der Koalitionsverhandlungen waren immer wieder Überlegungen bekannt geworden, die Entwicklungspolitik an die Außenpolitik „anzuhängen“. Die Entschiedenheit, mit der der Vizepräsident der Weltbank die „moralische Entrüstung“ über das „monströse Ausmaß des Hungers in der Welt“ (geschätzt 40 000 Hungertote am Tag) einforderte, war offenkundig für manchen der Kongreßteilnehmer überraschend,

erst recht aber Serageldins Bekenntnis, Armutsbekämpfung sei eine „Herzensangelegenheit“ der Weltbank. Dazu entwarf er ein „neues Paradigma der Entwicklung“, in dessen Mittelpunkt die menschliche Person stehen müsse, das stärker die unterschiedlichen Belange von Männern und Frauen berücksichtige, das über langfristige Perspektiven verfüge und grundlegend ausgerichtet ist an den Prinzipien der Gleichheit, Gerechtigkeit und der Partizipation. Werde ein solches neues Paradigma Wirklichkeit, wozu er den vollen Einsatz der Weltbank versicherte, sei es möglich, die Zahl der Hungernden in zwanzig Jahren um die Hälfte zu reduzieren. A. F.

## Der Papst und die Philosophie

### Anmerkungen zur Enzyklika „Fides et ratio“

*Mitte Oktober erschien die neueste Enzyklika Johannes Pauls II. zum Verhältnis von Vernunft und Glaube (vgl. HK, November 1998, 548 f.). In seinem Kommentar würdigt Klaus Müller, Professor für Philosophische Grundfragen der Theologie in Münster, das Dokument als Einladung zum Dialog zwischen Philosophie und Theologie, weist aber auch auf Defizite und Spannungen im Text hin.*

Kennern der Situation signalisierten bereits die allerersten Reaktionen in der deutschen Presse Besonderes. Das Wochenblatt „Die Zeit“ rückte einen Kurzkommentar zur Enzyklika in der ersten Woche nach deren Erscheinen auf die Titelseite: Wenngleich das Schreiben des Papstes über das Verhältnis von Glaube und Vernunft wie eine Stimme aus einer anderen Welt klinge und in Deutschland kaum jemanden interessieren werde, gehe es selbst die Nicht-Glaubenden an, weil es daran erinnere, daß die Verabschiedung von Theologie und Metaphysik „das Denken nicht bloß freier, sondern auch enger gemacht“ habe (22. 10. 98).

Gleichwohl folgte im Inneren der Ausgabe ein veritabler Verriß des Lehrschreibens. Doch gewinnt dieser interessanterweise seinen Furor nur dadurch, daß er die Ausführungen von „Fides et ratio“ ausdrücklich mit anderen lehramtlichen Äußerungen aus jüngster Zeit verknüpft – und bringt damit auf skurrile Weise etwas vom spezifischen Profil des Schreibens zur Geltung. Denn die Enzyklika steht hinsichtlich Tenor wie Außenwirkung in kaum zu übersehender Spannung

zu einer ganzen Reihe lehramtlicher Äußerungen und Entscheidungen aus den Monaten vor ihrem Erscheinen. Noch prinzipieller spiegelt sich dieses Ineinander von Alt und Neu, das traditionelle Züge mit bislang lehramtlich Ungesagtem verbindet, im Verhältnis von „magisterialer“ Form und erklärter Intention der Enzyklika. Es handelt sich bei „Fides et ratio“ ja nicht um das erste päpstliche Rundschreiben zum Verhältnis von Vernunft und Glaube, von Philosophie und Theologie, geschweige denn um die erste lehramtliche Äußerung zu diesem Komplex. Diese findet sich vielmehr in der dogmatischen Konstitution „Dei Filius“ des Ersten Vatikanischen Konzils (1870), Kapitel 4. Neun Jahre später – 1879 – erschien mit „Aeterni Patris“ die erste Enzyklika, die sich mit der Philosophie befaßte, näherhin in der Absicht, das philosophische Denken des Aquinaten für alle Studierenden und Lehrenden der katholischen Theologie verbindlich zu machen. Obwohl sich „Fides et ratio“ mehrfach – wenn auch nicht strikt – bestätigend auf „Aeterni Patris“ bezieht, verzichtet das Schreiben aber konsequent genau auf eine solche scharf-